

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung im Verlag 2,50 Mark im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,70 Mark, bei Vorbestellung 10 Pf. (Einschl. Porto). Einzelnummern 10 Pf. (Einschl. Porto). Ferner: Wilsdruffer Tageblatt

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Stammzelle 20 Groschennig, die 2-spaltige Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Groschennig, die 3-spaltige Reklametzelle im textlichen Teile der Zeitung 100 Groschennig. Nachweisungsgebühr 20 Groschennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 145 - 83. Jahrgang. Tel.-Nr.: „Sachsenzeitung“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2610. Dienstag den 24. Juni 1924

Herriots Londonfahrt.

Ein rechtsstehender Politiker, der von dem Regierungswechsel in Frankreich für Deutschland nicht übermäßig viel Gutes erwartet, knüpft an Herriots Reise nach England folgende Betrachtungen:

Rum hat Herriot sein Vertrauensvotum; allerdings wird die Freude darüber nur sehr gedämpft sein, da die Mehrheit nur 79 Stimmen betrug. Aber er hat das Votum in der Tasche und ist damit nach London abgereist. Zweifellos ist Herriot nicht die politisch robuste, zickische Persönlichkeit, die Poincaré war; diesem Name war Macdonald ebenso wenig gewachsen wie seine Vorgänger auf dem Stuhl des englischen Ministerpräsidenten. Herriot ist mit einem ganzen Satz voll Fragen gekommen; er hat sich keineswegs, wie die englischen Blätter zunächst glauben machen wollen, auf die Behandlung der Finanzfragen des Sachverständigenberichts beschränkt, sondern, den Stilen der bisherigen Politik seiner Vorgänger folgend, auch das Problem der interalliierten Schulden vorgebracht und es aufs engste verknüpft mit der deutschen Reparationsfrage. Und er hat wohl auch noch andere Dinge mit sich hineingemengt. So ist z. B. die russische Frage — Europa strotzt von „Fragen“ — ins Rollen gekommen durch die anglo-russische Konferenz, in der natürlich die Vorkriegs- und Kriegsschulden des früheren Zarreiches eine sehr erhebliche Rolle spielen. Rum hat Herriot in seiner Programmrede erklärt, daß er auf einer Klärung der Beziehungen zu Rußland hinarbeite. Dabei spielen diese Schulden für Frankreich natürlich eine noch viel wichtigere Rolle als für England. Da sie ja schon 1914 18 Milliarden betragen und inzwischen, da die Zinsen von Rußland nie bezahlt wurden, auf etwa 50 Milliarden Goldfrank angeschwollen sein mögen. Freilich werden die schönsten Versprechungen Rußlands gar nichts nützen, denn es hat kein Geld.

Aber auch andere deutsche Fragen hat Herriot zur Besprechung gebracht. Vor allem natürlich die Frage der „Sicherheit“ Frankreichs, dann natürlich die Rheinfrage und nicht zuletzt das Thema: Deutschland und der Völkerbund. Also lauter politische Fragen, die aufs engste verknüpft werden mit dem wirtschaftlich-finanziellen Teil des Dawes-Berichts. Und daher ergibt sich sozusagen von selbst schon die Mittelrolle, auf der man die aufs eifrigste von beiden Seiten angestrebte Einigung finden wird: Herriot mag in den Bestimmungen und Forderungen des Dawes-Berichts in manchen nachgeben, um das aber als Kompensation für ein um so stratteres Festhalten an den politischen Interessen zu benutzen. Ramentlich in der Frage der „Neutralisierung“ des Rheinsandes unter der mildregierenden Hand des Völkerbundes wird sich Herriot mit Macdonald leicht verständigen können.

Wir in Deutschland werden uns doch wohl wieder dem Optimismus abgewöhnen, als hätte sich unsere politische Situation nun dadurch wesentlich gebessert, daß in London und Paris liberalere Parteien am Ruder sind. Das Endziel bleibt immer dasselbe, mag auch die Methode eine andere sein, eine Methode, durch die leider unsere nationalen Instinkte allmählich eingetümpelt werden. Vor allem müssen wir uns abgewöhnen, irgendwelche Zugehörnisse wesentlicher Art zu erwarten, bloß weil Macdonald ein Sozialdemokrat und Herriot ein Verehrer der demokratischen Idee ist. Jener ist vor allem Engländer, dieser ist Franzose. Und nicht als Parteiliche, sondern vom nationalen Gesichtspunkt aus werden von ihnen die außenpolitischen Fragen behandelt. Jedenfalls ist aber eins festzustellen: Der Demokrat Herriot beachtet noch weniger als seine Vorgänger das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wenigstens nicht, soweit es Deutschland angeht. Mit einer geradezu naiv anmutenden Selbstverständlichkeit, die schon fast zur ständigen Praxis geworden ist, mischt er sich in innere deutsche Angelegenheiten „im Namen der Demokratie“. Und ein leichtes mag es ihm geworden sein, dafür den Beifall und die freundliche Unterstützung Macdonalds zu gewinnen. Eingriffe in unsere Selbständigkeit von unerhörten Ausmaßen bringt uns der Dawes-Bericht auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete; wir dürfen uns aber durch diese französisch-englische Zusammenarbeit nicht auch noch die geistige, die nationale Selbständigkeit, einschränken lassen.

Neue deutsche Schritte in London und Paris.

Die Ruhräumungsfrage.

London, 21. Juni.

Der deutsche Botschafter in London, Sthamer, hat gestern im Foreign Office Macdonald ein langes Memorandum der deutschen Regierung überreicht, in dem, wie man in Londoner politischen Kreisen annimmt, die Bedingungen auseinandergelegt sind, unter denen die Berliner Regierung geneigt sein werde, an der Inkraftsetzung des Sachverständigenberichts mitzuarbeiten. Diese Demarche, die am Vorabend der Ankunft Herriots erfolgt ist, ist von außerordentlicher Bedeutung, und die eventuelle Haltung Deutschlands wird die Aufmerksamkeit der beiden Premierminister bei ihren bevorstehenden Besprechungen besonders beschäftigen.

Die Ergebnisse von Chequers.

Eine neue Konferenz am 16. Juli?

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

London, 23. Juni. Nachstehendes Kommuniqué wird veröffentlicht: Eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten von England und Frankreich hat am Sonnabend, den 21. und Sonntag, den 22. Juni in Chequers stattgefunden. Im Verlaufe einer freundschaftlichen und intimen Unterhaltung wurden die verschiedenen in den Sachverständigenberichten eingegangenen Fragen zur Sprache gebracht und die Maßnahmen zu ihrer Ausführung erörtert. Es war nicht möglich, eine definitive Entscheidung zu erzielen, denn die Notwendigkeit bestand, vorerst die belgische und die italienische Regierung zu Rate zu ziehen. Die stattgefundenen Besprechungen haben ein volles Einverständnis zwischen den Ministerpräsidenten der beiden Länder ergeben. Es wurde verabredet, unter Vorbehalt der Zustimmung der anderen alliierten Mächte Juli eine Konferenz in London einzuberufen, auf der das einschlagende Verfahren definitiv festgelegt werden soll. Die beiden Ministerpräsidenten haben sich entschlossen, gelegentlich der Eröffnung der Völkerbundstagung im September zusammen einen kurzen Besuch in Genf abzusatteln. — Zu diesem Kommuniqué verlaute von maßgebender Seite, daß der Vorschlag zur Einberufung der Konferenz von Macdonald gemacht wurde. Die Konferenz soll am 16. Juli stattfinden. Man will ihre Bedeutung aus dem Umstand ersehen, daß die einzelnen Delegationen von Sachverständigen begleitet werden. Herriot soll zu Macdonald mündlich gesagt haben: Letzten Endes ergibt sich aus unserer Unterredung, daß Frankreich und Großbritannien eine moralische Verpflichtung übernehmen, ständig zusammenzuarbeiten, worauf Macdonald: „Ganz richtig“ geantwortet haben soll, Herriot, der am Sonntag nachmittags nach London zurückgekehrt ist, wird Montag früh 8,50 Uhr über Dover und Ostende nach Brüssel reisen. Die Besprechungen mit Cheunis und Symans beginnen Dienstag früh und werden am Nachmittag fortgesetzt. Herriot verläßt Brüssel 8,50 Uhr abends und wird um 11 Uhr wieder in Paris sein.

Paris, 23. Juni. Eine besonders ausführliche Darstellung der in Chequers gepflogenen Aussprache gibt der Londoner Berichterstatter des „Morning Post“. Macdonald und Herriot haben ihm zufolge sich über die aus Berlin eingegangenen Berichte unterhalten. Diese Berichte lauteten sehr optimistisch. Die diplomatischen Vertreter Frankreichs in Berlin hatten erklärt, daß die Annahme der zur Ausführung der Sachverständigenpläne notwendigen Gesetzesvorlagen an einem Widerstand der Nationalisten im Reichstage nicht scheitern werden. Die Frage sei die, welche Umwandlung die in Frankreichs Hand befindlichen Pfländer im Sinne des Sachverständigenplanes erfahren werden. Die wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebietes wird unmittelbar nach Einsetzung der vorgesehenen Körperschaften eingestellt werden. Um aber auf die militärische Befehung verzichten zu können, verlangt General Nollet gewisse Sicherheiten gegen die Möglichkeit deutscher Verfehlungen oder einer Feindseligkeit des Reiches, Truppen an den Rhein schaffen zu

Ebenso hatte der deutsche Botschafter in Paris, Hoesch, heute früh eine neue Unterhaltung mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot, in deren Verlauf von dem ungefähren Datum die Rede war, an dem die Räumung des Ruhrgebietes durchgeführt werden könnte, ferner von der Lage in Rheinland und Westfalen, sowie von den Verträgen im besetzten Gebiet. Diese Unterhaltung wird in unmittelbare Beziehungen gebracht mit den diplomatischen Bemühungen der deutschen Regierung, um von den Alliierten und insbesondere von Frankreich des formelle Versprechen zu erhalten, daß das Ruhrgebiet geräumt wird und gleichzeitig auch Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, und zwar in einer bestimmten Frist unmittelbar nach Annahme der gesetzgeberischen Maßnahmen über die Ausführung des Sachverständigenberichts durch den Reichstag.

Deutschland und der Völkerbund.

Eine Erklärung Dr. Marx!

Der Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ hat von dem höchsten Persönlichkeiten im Reich maßgebliche Anmerkungen über die zukünftige deutsche Politik erhalten, die in englischen Regierungskreisen erhebliches Aufsehen erregen. Reichsminister Dr. Marx erklärte dem Journalisten, daß die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund noch nicht reif für Diskussionen sei. Die deutsche Regierung sei durchdrungen vom Begriff der Völkereolidarität. In diesem Sinne hat sie wiederholt ihre Zustimmung zu den Grundfäden des Völkerbundes erklärt. Die organisatorischen und tatsächlichen Mängel des gegenwärtigen Völkerbundes sind aber derartige, daß die deutsche Regierung in dem Völkerbund nicht einmal eine Annäherung an die eigenen Ideale zu erblicken vermag. Aus diesem Grunde bezieht sich die Regierung keineswegs, dem Genfer Völkerbund beizutreten. Andererseits lehnt sie den Eintritt nicht ab, wenn dieser Eintritt von anderen Völkern gewünscht werden sollte.

können. Diese Möglichkeit erfordert die absolute Kontrolle über gewisse strategische Eisenbahnlinien. In dieser Konferenz werden selbstverständlich Belgien und Italien teilnehmen und, falls sie dazu bereit sind, die Vereinigten Staaten. Was die Deutschen anbetrifft, so werden sie logischerweise zur Unterzeichnung des Protokolls, das sich auf die sofortige Ausführung des Sachverständigenprogramms bezieht, eingeladen werden. Das Sicherungsproblem würde dann auf einer zweiten Konferenz, die höchstwahrscheinlich in Paris zusammentreten wird, zur Sprache gebracht werden.

Uebereinstimmung zwischen den beiden Premiers.

Paris, 23. Juni. Der Londoner Berichterstatter des „New York Herald“ schreibt zu der Zusammenkunft Herriots mit Macdonald: Die beiden Ministerpräsidenten sind ein und derselben Auffassung in allen Punkten mit Ausnahme des Verfahrens, das zur Lösung des Ruhrproblems eingeschlagen werden soll. Herriot besteht auf Aufrechterhaltung einer militärischen Kontrolle der Alliierten über die drei Hauptstrecken des Ruhr- und Rheingebietes, Macdonald dagegen vertritt den Standpunkt, daß die Kontrolle des verbündeten Oberkommissars in Koblenz für diese Zwecke ausreicht.

Der trauernde Bertinax.

Paris, 23. Juni. Zu dem Ergebnis der Chequers-Besprechungen schreibt Bertinax, es sei nur so weit gekommen, daß Frankreich von einer interalliierten Konferenz, zu der die Deutschen zunächst hinzugezogen würden, die Verteidigung seiner Rechte erwarten müsse. Ferner sei es dahin gekommen, daß die militärische Ruhebefehung verschoben müsse und die wirtschaftliche Befehung aufgehoben werde, ohne daß eine Maßnahme vorgeschlagen sei, die es erlaube, bei deutschen Verfehlungen sie wiederherzustellen.

Die Wahlen in Anhalt.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Desau, 23. Juni. Am gestrigen Sonntag fanden in Anhalt die Landtagswahlen statt. Das vorläufige Ergebnis ist folgendes: Demokraten 6082, Deutsche Volkspartei 27 674, Soz. 64 159, Bodenreformer 2974, Landbund 14 241, Kommunisten 16 226, Völkisch-sozial 7112, Zentrum 10 982, Bauernbund 891, Deutschsozial 795, Hausbesitzer und Gewerbe Wirtschaftspartei 5827, Deutschnationale 21 127, Hausbesitz Stadt und Land 3591. Die Sitze würden sich wie folgt verteilen: Dem. 1, D. V. P. 6, Soz. 14, Bodenref. 1, Landbund 3, Komm. 3, Hausbes. Stadt und Land 1, Völk.-soz. 2, Dnat. 4, Hausbes. und Gew. Wirtschaftspartei 1.

Die Antwort auf die Kontrollnote.

Innerdeutsche Konflikte.

Der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet zur Frage der letzten an Deutschland gerichteten Kontrollnote: Von autorisierter Seite erfahre ich, daß das Armeecorpskommando es abgelehnt hat, nur im geringsten von dem Standpunkte abzuweichen, der darin besteht, die Ablehnung der alliierten Note zu fordern. Mehrere hohe Offiziere haben ihre Demission (?) angedroht für den Fall, daß die Regierung die Forderungen der Alliierten auf eine allgemeine Untersuchung der militärischen Zustände in Deutschland vor der Übergabe der Kontrolle an den Völkerbund willigen sollte. Die deutsche Regierung hat sich jetzt dafür entschieden, die Forderungen der Entente anzunehmen, da sie befürchtet, daß die Ablehnung der Forderungen einen internationalen Ausbruch der großen Friedensfragen ernstlich gefährden könnte und Deutschland in neue und ernste diplomatische Schwierigkeiten verwickeln könnte.

Abgesehen erklärte Herriot in einer Pressekonferenz, daß er bei seinem Besuch in London auf die Notwendigkeit der Wahrung der interalliierten Militärkontrollkommission in Deutschland dringen werde; er werde sich dabei auf Mitteilungen über deutsche Rüstungen stützen, die er von den Generalen Nollet und Degoutte erhalten habe. Die Militärkontrolle solle solange bleiben, bis sie ihre Aufgabe vollendet habe. Also: Beruhigung.

Blanterweise wird in diesem gleichen Augenblick von London aus der Bericht des französischen Oberkommandos im Ruhrgebiet über angebliche deutsche Angriffspläne auf die Besatzungstruppen für die Fällung eines „überleitigen“ Agenten erklärt, aber gleichzeitig zugegeben, daß er bei der Beratung der Militärkontrollnote von Bedeutung gewesen ist.